

Nachrichten aus Bern

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

ben sich sogar Mehreinnahmen von 360 Millionen. Da jedoch die Herabsetzung von Bundesleistungen nur für die 1981, 1982 und 1983 zu leistenden Zahlungen und die in diesen Jahren einzugehenden einzelnen Verpflichtungen gilt, kann für 1984 und 1985 zwar noch mit einem ausgeglichenen Haushalt gerechnet werden. Für die späteren Jahre ist das, abgesehen von ohnehin bestehenden Ungewissheiten, die jede fernere Zukunft verdunkeln, schon deshalb fraglich, weil die Aufhebung der Kantonsanteile am Reinertrag der Stempelabgaben und an den Reineinnahmen der Alkoholverwaltung bis 1985 befristet ist.

Tabelle 7

Sanierung des Bundeshaushaltes 1981-1983

	1981	1982	1983
	in Millionen Franken		
Defizite gemäss Finanzplan vom 16. 1. 1980 (Überarbeitete Planungszahlen ohne Verfassungs- und Gesetzänderungen)	-1880	-1970	-2030
Sparmassnahmen 1980	+ 650	+800	+ 810
Verbleibende Defizite	-1230	-1170	-1220
Angestrebte Mehreinnahmen	+ 60	+ 430	+1380
Angestrebte Verbesserung durch die Aufgabenneuverteilung zwischen Bund und Kanton	-	-	+ 200
Defizite/Überschüsse nach Sanierungsmassnahmen	-1170	- 740	+ 360

SP Schweiz

Nachrichten aus Bern

Die Geschäftsleitung der SPS hat an ihrer Sitzung vom 24. September 1980 bei der Finanzkommission der SP Schweiz die Ausarbeitung einer «Finanzbeschaffungsinitiative» in Auftrag gegeben. In den eidgenössischen Räten zeichnet sich zunehmend ab, dass die Bürgerlichen ihren finanzpolitischen Kurs im Sinne der Finanzplanung des Bundesrates wechseln wollen. Sie unterstützen das Sparpaket, das von uns als Vorgabe für die Einnahmenbeschaffung nicht bekämpft wurde. Jetzt wo es um die Schwerverkehrs- und die Bankenbesteuerung geht, blocken die Bürgerlichen ab. Sie wollen zwar die Weiterführung der Finanzordnung aber die Mehr-

einnahmen schieben sie mit Kommissionstricks in den Räten auf die lange Bank. Und bei der Weiterführung der Bundesfinanzordnung wird es noch harte Kämpfe um deren soziale Ausgestaltung geben. Die Geschäftsleitung erteilte der Finanzkommission den Auftrag so: «Vorschläge für eine Finanzbeschaffungsinitiative sollten im Sinne der Diskussion möglichst alle Wege einbeziehen.» Die Initiative soll mit dem schweizerischen Gewerkschaftsbund abgesprochen werden.

●
FDP-Nationalrat Rudolf Friedrich hat im freisinnigen Presbiedienst so getan, als ob die Stellungnahme der SP Schweiz zur Gewalt als Mittel

der Politik völlig unklar wäre. Er hat verstehen lassen, dass Präsident Hubacher zu jenen gehöre, die «die Entwicklung vor allem mittels Strassenaktionen militanter Minderheiten voranbringen» möchte. In der Stellungnahme der Geschäftsleitung der SP Schweiz, die vom Parteipräsidenten und anderen Parteimitgliedern in öffentlichen Reden, Interviews und Zeitungsartikeln xmal wiederholt worden ist, heisst es deutlich: «Die SP Schweiz verurteilt kategorisch Ausschreitungen von seiten der Demonstranten, wie sie vor allem in Zürich vorgekommen sind.» Friedrich gibt sich gerne als konservativer Gentleman von britischem Zuschnitt. Indessen: er hat sich als nicht ernst zu nehmender Lügner im Lager des Freisinns entlarvt.

●
Der Parteivorstand hat am 31. Oktober und 1. November

1980 eine Klausursitzung durchgeführt und dabei das weitere Vorgehen bei der Programmrevision durchbesprochen. Er hatte auch erstmals Gelegenheit zum Programm-entwurf der vor drei Jahren eingesetzten Arbeitsgruppe Stellung zu nehmen. Dem Entwurf stand eine Stellungnahme und Materialien der Geschäftsleitung gegenüber. Die Geschäftsleitung stellt fest, dass die Programmgruppe ihren Auftrag erfüllt hat und ein Modell für den am Parteitag von Montreux verabschiedeten programmatischen Auftrag des «Bruchs mit dem Kapitalismus» erfolgreich zustandegebracht hat. Aber der Entwurf ist nach Meinung der Geschäftsleitung noch kein Programm, das in breiten Kreisen der Bevölkerung und unserer heutigen Mitglieder- und Wählerschaft verstanden wird.

Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung hat in der Herbstsession einen neuen Präsidenten gewählt: Nationalrat René Felber, früher Stadtpräsident von Le Locle, bisher Vizepräsident der Fraktion. Er löst Nationalrat Heinz Bratschi, Bern, der nach zweijähriger Amtszeit zurückgetreten ist, an der Fraktionsspitze ab. Als neuer Vizepräsident wurde der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gruppe im Ständerat, Genosse Walter Weber, Solothurn, gewählt. Damit ist die nach den Wahlen 1979 erheblich verstärkte ständerätliche Gruppe auch entsprechend in der Fraktionsleitung vertreten.

Genossinnen und Genossen, die sich über *die Arbeit der Fraktion* in den eidgenössischen Räten detailliert informieren wollen, können über ihre Sektion oder Kantonalpartei «Das Parlament» das Organ der Fraktion, bestellen. Es erscheint zwei bis drei Wochen nach den Sessionen, und enthält Berichte zu den wichtigen Sessionsgeschäften sowie jeweils eine vollständige Liste der in den Räten während einer Session gemachten Vorstösse aus der Mitte der Fraktion.

Erstmals seit vielen Jahrzehnten hat die SP-Fraktion der Bundesversammlung in der Herbstsession praktisch einstimmig *Stimmenthaltung bei der Behandlung des Rüstungsprogramms 1980 geübt. Warum? Parteipräsident Hubacher erklärte dazu auf der Nationalrattribüne unter anderem: «Unsere Fraktion hat das Rüstungsprogramm nach militär- und finanzpolitischen Kriterien bewertet. Unsere Vorbehalte in Form der Stimmenthaltung – die Mehrheit der Fraktion hat so entschieden – hat eindeutig finanzpolitische Gründe. Vor einem halben Jahr haben wir hier (im Nationalrat, die Red.) den Finanzplan des Bundesrates diskutiert. Dieser Finanzplan will die Sanierung der Bundesfinanzen, einerseits durch Einsparungen, andererseits durch Mehreinnahmen, praktizieren. Tatsache ist: bisher sind alle Vorlagen des Bundesrates, die Mehreinnahmen vorschlagen, von der bürgerlichen Mehrheit blockiert worden. Die sozial-*

Offenbar ist die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik eher geeignet, von einem Volk die Krise abzuwenden, als es US-Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsphilosophie vermag.

John F. Galbraith,
amerikanischer
Nationalökonom

demokratische Fraktion ist nicht bereit – wir sagen ihnen das ganz offen – auch noch Rüstungspolitik auf Pump zu betreiben. Nach den verschiedenen Sparprogrammen und nach dem seit sechs Jahren anhaltenden Personalstop, ist leicht auszurechnen, wohin künftige Sparmassnahmen zielen würden. Es wird unfehlbar Bereiche der Sozial-, Gesellschafts-, Bildungspolitik, des öffentlichen Verkehrs usw. treffen. Der Abbaudruck wird auf die Substanz unserer staatlichen Aufgabe zielen. Diese Substanz ist bisher als einmalige sozialpolitische Stabilität und als Grundlage für das allgemeine Wohlergehen bezeichnet worden. Wir meinen, hier könnte eine gefährliche Entwicklung beginnen... Wir geben nicht unsere Zustimmung für eine liederliche Finanzpolitik, die nur noch Schulden machen will für mehr Rüstungsausgaben. Unsere Stimmenthaltung ist kein Protest gegen die Armee, sondern ist ein Protest gegen die bürgerliche Finanzpolitik.»